Bund der Steuerzahler Hamburg e.V.

Der BdSt-Kandidatencheck vor der Bürgerschaftswahl

Dr. Peter Tschentscher

Katharina Fegebank

Dennis Thering

Katarina Blume

Cansu Özdemir

Patrick Fischer

Dr. Dirk Nockemann

Welche konkreten Vorschläge haben Sie zum Thema Bürokratieabbau?

Dr. Peter Tschentscher (SPD): Die SPD will Bürokratie abbauen und Dienstleistungen der Stadt beschleunigen, indem wir die Digitalisierung vorantreiben, Prozesse vereinfachen und bestehende Regeln systematisch überprüfen. So machen wir Hamburg bürger- und unternehmensfreundlicher. Dafür haben wir Ende 2024 das Hamburgische Bürokratieentlastungsgesetz (vgl. Drs. 22-16556) verabschiedet, mit dem 80 konkrete Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie umgesetzt werden, zusammen mit den anderen Maßnahmen aus dieser Wahlperiode kommen wir auf über 100 Maßnahmen zum Bürokratieabbau. Konkret setzen wir unter anderem das Instrument "Praxischeck" ein, mithilfe dessen gemeinsam mit Expert:innen aus Unternehmen und Verwaltung ausgewählte Prozesse bzw. Fallkonstellationen auf bürokratische Hemmnisse und Lösungsansätze untersucht werden. Ziel ist, durch die Betrachtung eines Prozesses „von Anfang bis Ende" spürbare Erleichterungen zu schaffen. Dabei stehen Anwenderinnen und Anwender im Fokus – und nicht die Regelungen. Eine weitere Maßnahme besteht in einem „Normenscreening", bei dem das Schriftformerfordernis in rund 1000 Normen überprüft wurde und in gut 400 Fällen eine einfache elektronische Übermittlung als ausreichend festgestellt wurde. So kann die Einführung digitaler Prozesse helfen, Verwaltungsvorgänge zu beschleunigen und medienbruchfrei abzuwickeln. Unser Ziel ist es, die Digitalisierung durch rechtliche Grundlagen zu stärken und moderne Technologien wie KI und elektronische Siegel zu integrieren. Gleichzeitig entwickeln wir Shared-Service-Modelle, um gleiche Aufgaben in zentralen Stellen effizienter zu organisieren. Für Unternehmen schaffen wir durch ein vereinfachtes Vergabeverfahren und digitale Steueranmeldeoptionen spürbare Entlastungen. Auch die Bürger:innen profitieren, beispielsweise durch digitale Genehmigungsverfahren im Bauwesen oder bei der Beantragung von Kita-Gutscheinen und Bewohnerparkausweisen. Mit dem „Once-Only"-Prinzip wollen wir sicherstellen, dass Daten nur einmal erfasst und sicher zwischen Behörden ausgetauscht werden können, um Zeit und Aufwand zu sparen. Deshalb hat Hamburg auch bundesweit die Federführung für die Modernisierung der Register übernommen, damit dieses Prinzip auch umfassend und länderübergreifend umgesetzt werden kann. Zusätzlich setzen wir uns auf Bundesebene für weitere Beschleunigungen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren ein. Durch all diese Maßnahmen wollen wir Hamburg zur Vorzeigestadt für moderne und effiziente Verwaltungsabläufe machen.

Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen): Sinnlose Bürokratie verschwendet Kraft und Geld von Bürgerinnen und Unternehmen, aber auch in der Verwaltung. Wir wollen den Bürokratieaufwand für Bürgerinnen, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung reduzieren,

A. indem entbehrliche Vorgaben von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften insbesondere mit Blick auf Melde-, Dokumentations- und Nachweispflichten identifiziert und abgebaut werden.Im digitalen Zeitalter sollte wirklich niemand wieder und wieder dieselben Informationen ausfüllen müssen. Bei Angaben, die der Verwaltung bereits rechtmäßig vorliegen (z.B. Wohnanschrift), sollen diese von den Bürgerinnen und Bürgern nicht immer wieder erneut angegeben werden müssen, sofern sie hiermit einverstanden sind (sogenanntes Once-Only-Prinzip).

B. Wir werden die Weichen dafür stellen, dass die Kernverwaltung ein Vergabemanagementsystem nutzt, das auch von anderen öffentlichen Auftraggebern in Hamburg genutzt werden kann und damit die derzeitige Vielzahl von Systemen ablöst. Davon profitieren sowohl Auftraggeberinnen als auch Auftragnehmerinnen.

C. Aus Sicht der Wohlfahrtsverbände führen eine unnötige Bürokratie und misslungene Digitalisierung zum schwierigen Umgang mit den Behörden. Das betrifft besonders die Jobcenter, die Grundsicherungsämter und das Amt für Migration. Hier geht es nicht selten um unmittelbar existenzsichernde Leistungen. Wir wollen, dass soziale Dienstleistungen zügiger erbracht werden, indem wir die Digitalisierung in der Sozialverwaltung dafür nutzen, Prozesse einfacher zu machen und zu beschleunigen.

Dennis Thering (CDU):

- Eine einheitliche Vergabeplattform der Stadt und ihrer städtischen Unternehmen
- das Once-Only-Prinzip (das Unternehmen, die an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen, nur einmal ihre Daten einpflegen müssen)
- One-in-Two-Out-Regelung: Für jede neue Regelung müssen zwei Regelungen gestrichen werden

Katarina Blume (FDP): Das Umfeld für unsere Unternehmen ist bereits hart genug: Bürokratie, Geopolitik, grüne Transformation. Hamburg muss seinen Unternehmen helfen, wo es kann. Wir fordern deshalb ein konsequentes Belastungsmoratorium für die Unternehmen in Hamburg im Hinblick auf Melde-, Informations- und Dokumentationspflichten. Unternehmen haben Besseres und Sinnvolleres zu tun, als sich mit überbordenden Regularien, Vorschriften, Auflagen und Verboten zu befassen.

Cansu Özdemir (Die Linke): Viele Institutionen und Firmen, die auf Zuschüsse und Zuwendungen angewiesen sind, erhalten lediglich Projektförderungen. Diese müssen wiederholt beantragt, abgerechnet und evaluiert werden. Wir wollen daher sinnvolle Förderungen verstetigen und künftig als institutionelle Förderungen vertraglich absichern.

Patrick Fischer (Volt): Volt Hamburg setzt sich für eine grundlegende Vereinfachung bürokratischer Prozesse ein, bevor sie digitalisiert werden. Verwaltungsverfahren sollen effizienter und transparenter gestaltet werden, indem unnötige Regelungen gestrichen und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Zudem wollen wir die Ermessensspielräume der Bezirksämter erweitern, damit Entscheidungen schneller und bürgernäher getroffen werden können. Ein lösungsorientierter Ansatz in der Verwaltung soll Hamburgs Behörden zu echten Dienstleistern für Bürger*innen und Unternehmen machen.

Dr. Dirk Nockemann (AfD): Die AfD-Fraktion Hamburg setzt sich seit Jahren schon leidenschaftlich für den Bürokratieabbau ein. Arbeitnehmer, Selbstständige und Unternehmer leiden vor allem unter einer überbordenden Last bürokratischer Auflagen, welche sich durch Land, Bund und EU noch einmal multiplizieren. Wir setzen uns daher vor allem gegen die Klimapolitik des Senats ein, welche eine vernünftige Verkehrs- und Wohnungsbaupolitik verhindert (Beispiel: Drucksache 22/13102). Ebenso kämpfen wir in der Bürgerschaft leidenschaftlich gegen übergriffige EU-Richtlinien, wie zum Beispiel die Energy Performance of Buildings Directive (EPBD) mithilfe einer Bundesratsinitiative (Drucksache 22/15270). Entscheidend im Sinne der Frage fordern wir seit aber seit Jahren schon einen Normenkontrollbeauftragten für Bürokratieabbau, welcher nicht nur den Abbau überbordender Bürokratie endlich bündeln und verstärken, sondern auch mithilfe von Best-Practice-Modellen aus anderen Bundesländern und europaweit mit den besten, in der Praxis bewährten Lösungen für die Entlastung aller Bürger arbeiten soll (Drucksache 22/17148). Dies sind nur einige Beispiele für unsere von der Überzeugung getragene Arbeit, dass nur eine möglichst freie Wirtschaft langfristig Wohlstand schaffen kann.

Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen planen Sie, um neue Unternehmen in Hamburg anzusiedeln und Start-ups zu fördern?

Dr. Peter Tschentscher (SPD): Die SPD Hamburg legt einen starken Fokus auf die Förderung von Start-ups und die Ansiedlung neuer Unternehmen, um die Innovationskraft der Stadt weiter auszubauen. Gezielte Maßnahmen sollen Hamburg als attraktiven Standort im internationalen Wettbewerb positionieren. Mit Innovationsparks wie der „Tech City Harburg" und dem „Körber Technologie Campus" werden Gründer:innen und technologiegetriebene Unternehmen unterstützt. Diese Zentren bieten moderne Büro-, Labor- und Produktionsflächen, die speziell auf die Bedürfnisse von Start-ups zugeschnitten sind. Gleichzeitig wird das Innovationsnetzwerk gestärkt, um einen nachhaltigen Wissens- und Technologietransfer zu ermöglichen. Die Investitions- und Förderbank (IFB) spielt eine zentrale Rolle bei der Gründungsförderung. Mit der Innovationsstarter GmbH werden Förderprogramme gebündelt, die jungen Unternehmen und Gründer:innen den Zugang zu finanziellen und beratenden Ressourcen erleichtern. Ergänzend dazu soll das nationale und internationale Standortmarketing ausgebaut werden, um Talente, Start-ups und Wagniskapital nach Hamburg zu holen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung von Cross-Innovation-Projekten, die verschiedene Branchen zusammenbringen, um neue Produkte und Prozesse zur Marktreife zu entwickeln. Dies wird durch die Kreativgesellschaft und gezielte Clusterpolitik unterstützt, die beispielsweise im Bereich der Nahrungsmittelproduktion mit dem Foodcluster bereits innovative Ansätze vorantreibt. Zusätzlich setzt Hamburg auf die Weiterentwicklung einer Social-Entrepreneurship-Strategie, die gemeinnützige Gründungen fördert und entsprechende Netzwerke stärkt. Diese Maßnahmen schaffen nicht nur ideale Voraussetzungen für Start-ups, sondern stärken auch die wirtschaftliche Vielfalt und Innovationsfähigkeit der Stadt. Hamburg Invest nimmt eine zentrale Rolle in der Wirtschaftspolitik der SPD Hamburg ein. Als „One Stop Agency" für Unternehmensansiedlungen erleichtert sie den Prozess für neue Unternehmen und unterstützt die Weiterentwicklung bestehender Betriebe. Hamburg Invest sollen zusätzliche Flächen übertragen werden, um Neuansiedlungen zu fördern und bestehende Gewerbeflächen nachhaltig zu sichern. Besonders wichtig ist dabei eine gezielte Flächenpolitik, die moderne Infrastruktur bereitstellt und den spezifischen Bedürfnissen technologieorientierter und industrieller Unternehmen entspricht. Um die Entwicklung der Handwerker- und Gewerbehöfe in Hamburg weiter voranzutreiben, werden wir die Schaffung neuer Standorte, die Unterstützung innovativer Konzepte, die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Handwerksbetrieben sowie die konsequente Förderung von "gestapeltem Gewerbe" weiter verfolgen. Mit diesem Ansatz wird Hamburg als Wirtschaftsstandort weiter gestärkt und als attraktives Ziel für innovative Unternehmen positioniert.

Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen): Grüne Wirtschaftspolitik will ideale Standortbedingungen schaffen für die Vielfalt von Unternehmen, die bei uns Wohlstand schaffen. Dabei brauchen Start-ups andere Bedingungen als Industrieunternehmen. Innovationen werden eine entscheidende Rolle bei der Erfüllung zukünftiger Anforderungen und der Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaftsstandorten spielen. Start-ups, aber auch Bestandsunternehmen, die einen besonders wichtigen Beitrag zur Transformation von Geschäftsfeldern, Lebensweisen und Umgebungen leisten, verdienen politische Unterstützung bei der Ansiedlung, Finanzierung und Genehmigung. Zahlreiche Aspekte machen Hamburg zu einem GRÜNE Hamburg · Burchardstr. 19 · 20095 Hamburg Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. Ferdinandstr. 3620095 Hamburg Wahlprüfsteine Bürgerschaftswahlen 2025 starken Gründungsstandort. Diese Aspekte wollen wir noch besser nutzen: die Nähe zu Hamburgs Hochschulen, das bestehende Start-up-Netzwerk, die Lebendigkeit der Kooperation mit bestehenden starken Unternehmen, das Hamburger Fördersystem sowie die Förderung der Gründerinnen-Kultur in Bildung und Wissenschaft (Entrepreneurship-Education). Hamburg braucht eine Start-up-Strategie, die mit unserer Innovationsstrategie verzahnt ist. Dazu wollen wir die Start-up-Beratung und das Coaching-Angebot im Rahmen des „Startup Port" langfristig finanziell sicherstellen und mit unbefristeten Stellen ausstatten, um so auch mehr Co-Investitionen durch private Investorinnen zu ermöglichen. Wir werden außerdem die Förderprogramme (InnoVentureFonds und HamburgInnoGrowth) mit Fokus auf die Stärken und Schwerpunkttechnologien Hamburgs finanziell stärken. Wir werden insbesondere Ausgründungen aus der Wissenschaft leichter machen, denn noch zu häufig werden Gründende durch strukturelle Hürden ausgebremst. Die verschiedenen existierenden Innovationsstrukturen werden wir bündeln, besser miteinander abstimmen und nutzerfreundlicher machen, etwa mit der Schaffung einer zentralen Unterstützungsstruktur für alle rechtlichen und administrativen Fragen, damit sich unsere Wissenschaftler*innen auf ihre Forschung und den Transfer konzentrieren können. Dabei unterstützen wir über einen Transfer-Fonds die besten Start-up-Ideen aus der Wissenschaft finanziell. Nach dem Vorbild der Science City sollen weitere Sonderinnovationszonen in Hamburg entstehen, im Umfeld und eng angebunden an unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen – ob in Bahrenfeld, Oberbillwerder, im Hafen oder in Harburg. Wir setzen uns insgesamt für eine Systematisierung des Innovationsfördersystems ein und bauen redundante Strukturen zugunsten eines transparenten Innovationsregimes ab. Dafür schaffen wir eine zentrale Anlaufstelle, ein Haus der Innovationen, indem wir alle Player am Standort zusammenbringen und die bestehenden Strukturen gemeinsam weiterentwickeln.

Dennis Thering (CDU):

- Die Bearbeitungszeiten für ausländische Fachkräfte beim Hamburg Welcome Center müssen drastisch verkürzt werden.
- Ausgründungen aus Hamburger Hochschulen müssen deutlich stärker gefördert werden
- Ein Reallabor in zentraler Lage, wo Startups zu günstigen und flexiblen Mietkonditionen arbeiten können, Ansprechpartner der Stadt sowie Risikokapitalgeber vorfinden, gründungsinteressierte Personen mit forschenden Personen zusammengebracht werden, ein Unternehmen innerhalb weniger Tage gegründet werden kann
- Verfügbare Flächen besser nutzen und nicht in Erbpacht vergeben
- Wertschöpfung als Kriterium für Ansiedelungen stärker in den Mittelpunkt stellen

Katarina Blume (FDP): Wir wollen Gewerbeflächen mit niedriger Wertschöpfung in Gebiete mit höherer Wertschöpfung umzuwandeln. Ein Beispiel hierfür sind die Industrie- und Gewerbegebiete in Hamm-Süd und Billbrook. Und wir schlagen vor, den Bezirken eine dauerhaft auszuzahlende Prämie für die Genehmigung von Gewerbeansiedlungen zu gewähren, ähnlich wie es bereits bei Baugenehmigungen im Wohnungsbau erfolgt. Dafür brauch es eine Strategie der internationalen Positionierung Hamburgs als Top-Standort für qualifizierte Fachkräfte aus aller Welt.

Weitere Ideen der FDP:

- Beitragsfreiheit für neu gegründete Unternehmen in den ersten zwei Jahren.
- Den Ausbau der Zusammenarbeit Hamburgs in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft mit den norddeutschen Bundesländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.
- Die Förderung einer engeren norddeutschen Zusammenarbeit, insbesondere in der Metropolregion Hamburg, durch Leuchtturmprojekte wie ein transnationales Forschungs- und Industriecluster für Künstliche Intelligenz in der Medizin und im Gesundheitswesen. Hier können bereits bestehende Kooperationen von Universitäten und Unternehmen als Basis genutzt und weiterentwickelt werden.
- Neu gegründete Unternehmen sollen unabhängig von ihrem Umsatz im ersten Jahr die Wahl zwischen Ist- und Soll-Besteuerung haben, um Liquiditätsengpässe zu vermeiden.

Cansu Özdemir (Die Linke): Hamburg ist eine wachsende, multikulturelle Stadt. Wer nach Hamburg zugewandert ist, wer aus anderen Sprachräumen kommt, hat jedoch vom Start weg Hürden auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden. Damit Menschen gleiche Chancen haben und Betriebe ihre offenen Stellen besser besetzen können, sollen Sprach- und Integrationskurse ausgebaut werden statt gekürzt.

Patrick Fischer (Volt): Hamburg hat das Potenzial, ein führender Standort für Innovation und Unternehmertum zu sein. Um dies zu erreichen, setzen wir auf gezielte Maßnahmen zur Förderung von Start-ups und Unternehmen. Dazu gehören die Einführung eines „Hamburg Venture Fonds" zur Finanzierung von Gründungen in der Frühphase, der Ausbau von „Startup-WGs" als Wohnlösung für Gründer*innen sowie regulatorische „Sandboxes", die es innovativen Unternehmen ermöglichen, neue Geschäftsmodelle unter realen Bedingungen zu testen. Zudem wollen wir Hamburgs neun Wirtschaftscluster stärken und international sichtbarer machen, um Investitionen und Talente in die Stadt zu holen.

Dr. Dirk Nockemann (AfD): Die AfD setzt auf eine ausgeglichene Mischung aus Tradition und Neuem. So wollen wir nicht nur den Hafen endlich auskömmlich finanzieren, um international wieder aufzuschließen, sondern beispielsweise auch junge Start-Ups direkt fördern, zum Beispiel aus der Computerspielbranche, welche Teil eines immer größer werdenden Markts ist. Leider sind alle anderen Parteien in der Bürgerschaft nicht zur konstruktiven Mitarbeit fähig und lehnen sämtliche Anträge der AfD-Fraktion ab. Ebenfalls setzt sich die AfD für die Förderung von MINT-Fächern an der Universität ein. Alle erwähnten Maßnahmen haben wir im Rahmen von Haushaltsanträgen in die Bürgerschaft eingebracht.

Welche Rahmenbedingungen für bestehende Betriebe halten Sie für ausbaufähig?

Dr. Peter Tschentscher (SPD): Die SPD Hamburg legt großen Wert darauf, bestehende Betriebe in der Stadt zu unterstützen und deren Standortbedingungen gezielt zu verbessern. Im Mittelpunkt steht dabei eine kluge Flächenpolitik, die den Erhalt und die Erweiterung von Gewerbeflächen sicherstellt. Hamburg Invest spielt hier als zentrale Anlaufstelle eine entscheidende Rolle, um Unternehmen langfristige Perspektiven zu bieten. Die Industrie wird durch Maßnahmen wie die Einrichtung einer Task-Force „Resiliente Industrie" und die Umsetzung des Masterplans Industrie gestärkt. Ziel ist es, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und klimafreundliche Transformationen durch energie- und ressourcensparende Technologien zu fördern. Auch das Handwerk profitiert, etwa durch den Ausbau von Handwerkerhöfen und die Förderung der Digitalisierung. Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Fachkräftesicherung. Lebenslanges Lernen wird durch eine umfassende Weiterbildungsstrategie gefördert, während der Transformationsrat die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Bildungseinrichtungen intensiviert. Ergänzend setzt sich Hamburg auf Bundesebene für einen Industriestrompreis ein, um Unternehmen den Übergang zu günstigeren erneuerbaren Energien zu erleichtern. Darüber hinaus fördert die Stadt ihr Innovationsökosystem in Bereichen wie Green Technology, Life Sciences, Luftfahrt und maritimen Technologien. Diese Maßnahmen stellen sicher, dass bestehende Betriebe nicht nur wettbewerbsfähig bleiben, sondern auch optimal auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet sind. Hamburg bleibt damit ein starker Standort für Wachstum und Innovation. Mit dem Hamburgischen Bürokratieentlastungsgesetz (vgl. Drs. 22-16556) werden für Unternehmen und Betriebe die Vereinfachung von Prozessen, die Digitalisierung sowie durch Überprüfung bestehender Regeln der Bürokratieabbau noch stärker vorangebracht.

Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen): Wirtschaftlicher Wohlstand ist die Bedingung dafür, dass Menschen zufrieden und selbstbestimmt leben und arbeiten können. Deshalb stärken wir diejenigen, die diesen Wohlstand schaffen: unsere dynamischen Unternehmerinnen, unsere erstklassig ausgebildeten Fachkräfte und unsere Forscherinnen mit ihren bahnbrechenden Innovationen. Wir sehen uns in der Verantwortung, den Weg der Hamburger Wirtschaft mit politischen Maßnahmen zu flankieren: nicht zuletzt im Bereich der Energieversorgung, Digitalisierung, Entbürokratisierung und bei der Vernetzung mit den Erkenntnissen aus der Wissenschaft. Für unseren Hafen wollen wir die Devise „Hafen ist Stadt" verwirklichen – also eine neue Verbindung zwischen unserem Hafen und der Bevölkerung knüpfen. Wir sehen großes Potenzial, die Rahmenbedingungen für bestehende Betriebe zu verbessern um langfristig die Zukunftsfähigkeit bestehender Unternehmen zu sichern und Hamburg als Wirtschaftsstandort zu stärken, durch:- Stärkung und weitere Unterstützung der exzellenten Wissenschaft in ihrer Profilbildung und internationalen Vernetzung. - Bürokratieabbau (u. a. Once-Only-Prinzip, siehe auch Frage 1), - Evaluation von geltenden Vorschriften und Verfahrensweisen rund um Innovationszentren und bei Bedarf Abbau der Hürden, um beste Rahmenbedingungen für Innovation zu schaffen. Dafür brauchen Leute mit Ideen in Hamburg mehr Unterstützung und vor allem mehr Übersichtlichkeit. Deshalb schaffen wir einen zentralen Ort, an dem sie gebündelt sind (Haus der Innovationen), - Hafen in die Zukunft führen mit hervorragenden Bedingungen für die traditionellen Hafengewerbe und Schaffung neuer Nutzungsformen, - Schaffung einer finanziell stark ausgestatteten Hamburger Zukunftsstiftung, die Mittel an neue Ideen ausschüttet, die noch nicht marktfähig sind, Fachkräftesicherung, indem Arbeit ermöglicht wird durch passgenaue Berufsbildung, selbstverständliche Inklusion, diskriminierungsfreie Müttererwerbstätigkeit, schnelle Berufsanerkennung für Zugewanderte, Arbeitszeitreduktion und Age-friendly Work, - Tarifbindung als Kriterium der Vergabe öffentlicher Aufträge, - Versorgung der Industrie mit bezahlbarer fossilfreier Energie, von Elektrizität über Wasserstoff bis hin zu grünen Flüssigkraftstoffen, Investitionen in Hafen, Schiene und Sanierung der Straßen (siehe auch Frage 9), - Einführung eines institutionalisierten, regelmäßigen Dialogs zwischen Landesregierung sowie der Hamburger Wirtschaft, – Erweiterung von Förderprogrammen für klimafreundliche Technologien und nachhaltige Geschäftsmodelle, um Betrieben den Umstieg zu erleichtern, - schnellere Digitalisierung: Breitbandausbau von 5G und Glasfaser und zügige Digitalisierung der Verwaltungsvorgänge.

Dennis Thering (CDU):

- Es braucht eine grundlegende Unternehmenssteuerreform
- Mit Blick auf Hamburgs Hafenwirtschaft muss endlich die Einfuhrumsatzsteuer auf das europäische Verrechnungsmodell umgestellt werden.
- Abschaffung des Anwohnerparkens sowie die Einführung eines Parkausweises für Handwerker und Lieferdienste
- Für Startups braucht müssen rechtliche / steuerliche Unsicherheiten mit Blick auf Zahlungen von Abgaben, Betriebsprüfungen konsequent abgebaut werden.

Katarina Blume (FDP): Sowohl der Wirtschafts- als auch der Personenverkehr benötigen eine grundlegende Sanierung, insbesondere im Schienenverkehr. Ohne eine Erweiterung der Kapazitäten in und um Hamburg sind künftige Projekte, wie der Deutschlandtakt oder die Verlagerung von mehr Gütertransporten auf die Schiene, nicht realisierbar. Für die Hafenstadt Hamburg hat die Anbindung des Hinterlands dabei besondere Priorität, denn nur durch eine leistungsfähige und widerstandsfähige Vernetzung des Hafens bleibt dieser langfristig wettbewerbsfähig.

Neben der Verkehrsinfrastruktur legen wir besonderen Wert auf den Ausbau und die Modernisierung weiterer Versorgungs- und Transportnetze. Dazu zählt die flächendeckende Verfügbarkeit von Hochleistungsnetzen für digitale Kommunikation und Datentransfer.

Wir sehen den Hamburger Hafen künftig als einen „Premiumhafen". Das bedeutet, dass die Abwicklung hier schnell und direkt erfolgt, dass alle Termine verlässlich eingehalten werden, dass der Hamburger Hafen bei allen Services für seine Kunden Weltspitze ist, dass er ein internationales Vorbild beim Einsatz moderner und digitaler Technologien in der Hafenwirtschaft und Hafenlogistik wird, dass seine Flexibilität und Kundenorientierung ebenfalls zum besten im globalen Vergleich gehört.

Die zuletzt stark gestiegenen Wartezeiten für Spediteure im Hafen wollen wir mit einem Sofortprogramm drastisch reduzieren. Eine bessere digitale Steuerung der Prozesse soll zum Einsatz kommen und bürokratische Vorschriften sind abzubauen.

Ein erheblicher Teil der Güter und Container im Großraum der Freien und Hansestadt Hamburg wird nach wie vor über Straßen, Autobahnen und Brücken transportiert. Die bisher dafür vorgesehene Planungs- und Fertigstellungszeiträume sind insbesondere für den Wirtschaftsverkehr nicht akzeptabel. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Zeiträume deutlich verkürzt werden. Die erforderlichen Planungen und Planfeststellungen sind mit Nachdruck aufzunehmen und die entsprechenden Baumaßnahmen umzusetzen.

Cansu Özdemir (Die Linke): Wo absehbar Bundesmittel wegfallen, ist Hamburg aufgerufen - schon aus eigenem Interesse - diese Kurse aufzufangen und jedem Menschen spätestens nach drei Monaten einen wohnortnahen Sprachkurs bis zum Sprachlevel B2 anzubieten. Außerdem sollen alle hier lebenden Menschen unverzüglich auch hier arbeiten dürfen und vor Abschiebung geschützt sein.

Patrick Fischer (Volt): Um Hamburgs Unternehmen zukunftsfähig zu machen, müssen wir innovative Technologien gezielt fördern. Wir setzen auf die Entwicklung von Clustern in Schlüsselbereichen wie Künstliche Intelligenz und Deep Tech, um die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt zu steigern. Gleichzeitig müssen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) durch den Abbau administrativer Hürden entlastet werden. Auch die Handels- und Handwerkskammern sollen als zentrale Unterstützungsstrukturen gestärkt werden, um Betriebe bei Digitalisierung, Nachhaltigkeit und internationaler Vernetzung besser zu begleiten .

Dr. Dirk Nockemann (AfD): Insbesondere in der Verkehrspolitik müssen die rein ideologisch motivierten Maßnahmen des rot-grünen Senats rückgängig gemacht werden. Die AfD setzt sich daher umfassend für den Ausbau von A20 und A26 ein, um die gute Anbindung Hamburgs auch in Zukunft sicherzustellen, sie fordert innerstädtisch das Ende autofeindlicher Verkehrspolitik, um endlich wieder allen Verkehrsteilnehmern Geltung zu verschaffen. Hamburgs Autofahrer haben mehr verdient als Stau, Baustellen und Parkplatzvernichtung.

Wie stehen Sie zur Schuldenbremse?

Dr. Peter Tschentscher (SPD): Die SPD Hamburg steht für eine solide, kaufmännische und generationengerechte Haushalts- und Finanzpolitik. Die SPD hat die Schuldenpolitik des Vorgängersenats beendet und den Haushalt saniert, auf ein modernes doppisches System umgestellt und mittlerweile Milliarden Euro Altschulden getilgt. Die Schuldenbremse in der Hamburger Verfassung und im Grundgesetz ist ein zentrales Instrument, um verantwortungsbewusste Haushaltspolitik zu gewährleisten. Hamburg hat gezeigt, dass die Schuldenbremse und Investitionen in die Zukunft keine Gegensätze sein müssen: Wir haben alle Corona-Kredite früher als geplant zurückgezahlt und gleichzeitig Rekord-Investitionen auf den Weg gebracht - in den nächsten Jahren verlässlich rund 3 Mrd. Euro im Kernhaushalt und in ähnlichen Größenordnungen auch durch unsere öffentlichen Unternehmen. Der SPD-geführte Senat zeigt, wie durch kluge Prioritätensetzung solide Finanzen und eine funktionierende Stadt vereinbar sind. Für den Bund hat der Sachverständigenrat für Wirtschaft Veränderungen beim Konjunkturbereinigungsverfahren und mit einer Staffelung der Defizitgrenzen nach der Höhe der gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote konstruktive Ideen vorgestellt. Gerade in einer Welt voller Herausforderungen – von Klimakrise bis Digitalisierung – ist es essenziell, dass wir auch künftig insbesondere in die Infrastruktur und unsere Verteidigungsfähigkeit investieren können. Das ist auch im Sinne der kommenden Generationen.

Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen): Ein essentieller Punkt der Haushaltspolitik ist das Schuldenmanagement. Auf Bundesebene brauchen wir eine langfristig tragbare Schuldenpolitik. Die aktuelle Schuldenbremse verhindert notwendige Investitionen. Dadurch gerät Deutschland in Europa und der Welt ins Hintertreffen und verliert seine Wirtschaftskraft. Die Schuldenbremse muss dabei zwingend flexibler und investitionsfreundlicher ausgestaltet werden. Wir müssen jetzt mit klugen Investitionen in zentrale Zukunftsaufgaben den Sanierungsstau auf allen Ebenen energisch bekämpfen. Dazu gehören staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung, konkret in unsere Forschungsinfrastrukturen. Und in die Transformation von Unternehmen, die diesen Wandel umsetzen. Das sichert gesellschaftlichen Zusammenhalt, Wohlstand und somit auch künftige Steuereinnahmen. Ohne eine Reform der Schuldenbremse wird uns das nicht gelingen. Wir setzen uns für eine doppische Schuldenbremse in Bezug auf die Kosten und für kreditfinanzierte Investitionen ein. Wir müssen in der aktuellen Haushaltslage und angesichts des Mangels an Fachkräften, verstärkt Schwerpunkte setzen. Wir priorisieren dabei ganz klar Investitionen in die Mobilitätswende und die Klimaneutralität des Konzerns (der öffentlichen Unternehmen der Stadt) und der Verwaltung (durch beispielsweise die energetische Sanierung unserer Gebäude).

Dennis Thering (CDU):

- Das Ziel der Schuldenbremse, öffentliche Ausgaben nur begrenzt über Schulden zu finanzieren, ist nach wie vor richtig.
- Eine Ausnahme von investiver Ausgaben, wie z.B. in Infrastrukturprojekte, sollte in Erwägung gezogen werden.

Katarina Blume (FDP): Wir haben erfolgreich für die Einführung der Schuldenbremse gekämpft. Dies ist eine Verpflichtung für alle Regierungen im Bund und in Hamburg, die wir beibehalten wollen.

Cansu Özdemir (Die Linke): Wir lehnen die Schuldenbremse ab. Für Investitionen - und hier verwenden wir einen weitreichenden Investitionsbegriff der Ausgaben in Bildung, frühkindliche Erziehung und andere Bereiche einschließt - sollen auch dauerhaft neue Kredite aufgenommen werden dürfen. Deutschland hat viele Probleme, eine zu hohe Schuldenquote gehört nicht dazu. Unter den G7-Staaten ist Deutschland mit unter 65% Schuldenstand im Verhältnis zum BIP mit großem Abstand am geringsten verschuldet. Innerhalb Deutschlands ist Hamburg im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft noch weniger verschuldet. Gleichzeitig verfällt unsere Infrastruktur, Brücken überschreiten ihre eigentliche Lebenserwartung und in der Staatsbibliothek tropft es durch das Dach. Auch im Sinne nachhaltiger Finanzen ist diese Schuldenbremse daher abzuschaffen. Insbesondere die strikten Vorgaben, wonach Nettoneuverschuldung ausgeschlossen werden soll, also der Finanzhaushalt ohne Kreditaufnahmen auszugleichen ist, entspricht keiner ökonomischen Logik und wird zurecht auch von Wirtschaftsforschungsinstituten einhellig kritisiert. Ökonomisch sinnvoller ist es, durch verstetigte Steuereinnahmen - für die Stadt Hamburg daher insbesondere eine gerechte Erbschafts- und Vermögensteuer - die laufenden Aufwendungen und den Werteverzehr beim öffentlichen Eigentum auszugleichen, so dass langfristig der Ergebnishaushalt der Stadt ausgeglichen werden kann. Wie jedes Wirtschaftsunternehmen auch sollte die Stadt in dem Maße zusätzliche Kredite aufnehmen dürfen, wie auch zusätzliche Werte entstehen.

Patrick Fischer (Volt): Volt Hamburg befürwortet eine flexible Gestaltung der Schuldenbremse, um gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche wie Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz zu ermöglichen. Eine strikte Begrenzung öffentlicher Investitionen darf nicht zur wirtschaftlichen Stagnation führen. Stattdessen setzen wir auf alternative Finanzierungsmodelle wie Public-Private-Partnerships, die es ermöglichen, essenzielle Projekte ohne eine übermäßige Belastung des Haushalts zu realisieren.

Dr. Dirk Nockemann (AfD): Diese ist unbedingt einzuhalten ohne Sondervermögen oder andere Verschiebebahnhöfe. Hamburg braucht einen Schuldenabbau und Ausgabenstopp für politische Experimente. Hamburg hat kein Einnahme- sondern ein Ausgabenproblem. Die Schulden müssen offengelegt und verringert werden.

Welche Sparpotenziale sehen Sie im Hamburger Haushalt?

Dr. Peter Tschentscher (SPD): Die SPD steht hinter dem soliden und verantwortungsvollen Doppelhaushalt 2025/26, den die Bürgerschaft im Dezember 2024 aufgestellt hat. Er ist gut durchdacht und setzt die richtigen Prioritäten für unsere Stadt, indem in Zukunftsthemen investiert wird, die städtischen Grundfunktionen weiter verbessert werden und die Stadt weiterhin krisenfest gestaltet wird. Zugleich werden wir die gesunden Stadtfinanzen erhalten. Hamburg ist das einzige Bundesland, das einen doppischen Ergebnisausgleich anstrebt und auch erreicht. Natürlich prüfen wir fortlaufend, wo wir durch effizientere Prozesse oder kluge Investitionen langfristig sparen können, ohne wichtige Leistungen für die Hamburger:innen zu kürzen. Dabei achten wir darauf, dass soziale Gerechtigkeit und der Klimaschutz nicht zu kurz kommen. Unser Fokus liegt auf einer Verwaltung, die reibungslos und modern arbeitet, und einer klugen Mittelverwendung. Der Haushalt ist so gestaltet, dass Hamburg handlungsfähig bleibt und gleichzeitig nachhaltig wirtschaftet. Überall dort, wo Einsparungen möglich sind, handeln wir entsprechend. Deshalb haben wir die „FinanzServiceAgentur" zur Senkung der Finanzierungskosten bei Kreditaufnahmen der öffentlichen Unternehmen gegründet.

Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen): Der Kerngedanke grüner Haushaltspolitik ist, dass heutige Entscheidungen die Selbstbestimmung zukünftiger Generationen nicht einschränken dürfen. Dafür sind ausreichende Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Chancengleichheit notwendig. Daher ist es auch so wichtig, dass wir konsequent auf die doppische Haushaltsführung und den doppischen Ausgleich achten und Schwerpunkte setzen – dadurch werden schon heute die Risiken und Aufgaben von morgen abgedeckt und finanziert. Kürzungen mittels Rotstift oder pauschale Kürzungen sind weder nachhaltig noch erfolgreich. Wir setzen auf strukturelle Lösungen durch die genannten Bürokratieabbaumaßnahmen, eine beschleunigte Digitalisierung und eine wohlüberlegte aber konsequent durchgeführte Aufgabenkritik. Wichtiger als Einsparpotentiale ist, dass wir in Hamburg seit 2022 den doppischen Ausgleich schaffen. Das negative Eigenkapital der Stadt nimmt deutlich ab und den Ausgaben stehen mehr Vermögenswerte entgegen. Hier hat Hamburg bundesweit ein Alleinstellungsmerkmal und spart automatisch an den konsumtiven Ausgaben und nutzt die Spielräume zum Investieren.

Dennis Thering (CDU):

- Reduzierung der Globalen Minderkosten auf zwei Prozent
- Mieter-Vermieter-Modelle müssen kritischer überprüft, die städtischen Realisierungsträger GMH und Sprinkenhof für die Umsetzung der Maßnahmen besser und leistungsfähiger aufgestellt werden.
- Durch das gestiegene Zinsniveau macht deutlich, wird die Tilgung von Schulden teurer, also muss über eine Reduzierung der Kredite nachgedacht werden.

Katarina Blume (FDP): Die finanzielle Konsolidierung wird nur mit systematischer Aufgabenkritik, Vermeidung von Doppelarbeit und konsequenter Digitalisierung gelingen. Deshalb wer- den wir eine umfassende Aufgabenkritik in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel durchführen, die Anzahl der Verwaltungseinheiten auf jeder Ebene zu reduzieren. Dabei gehören alle gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen auf den Prüfstand, um sie zu evaluieren und gegebenenfalls ersatzlos zu streichen. Wo es rechtlich möglich ist, sollen Genehmigungs- und Informationserfordernisse durch Genehmigungsfiktionen ersetzt werden.

Cansu Özdemir (Die Linke): Es gibt einige Großprojekte die vor allem dem Senatsprestige dienen oder die ökonomisch und sozial nicht nachhaltig sind, die wir ablehnen. Beispiele sind die wiederkehrende und teure Olympiabewerbung, die U5, deren Verkehrsziele mit einer Stadtbahn besser und günstiger erreichbar wären, die A26 Ost, die zwar der Bund bezahlt aber am Ende auch aus unseren Steuermitteln, die neu geplante Mega-Köhlbrandbrücke, die wir nicht bräuchten, wenn die künftigen Mega-Frachtschiffe - wenn überhaupt - einfach an unseren anderen Terminals elbabwärts anlanden. Es gibt aber auch kleinere Budgets, wie die stark aufwachsende PR-Abteilung bei Innensenator Andreas Grote, die wir ablehnen. An anderen Stellen zeigt sich, dass es klüger wäre, einmal mehr Geld in die Hand zu nehmen als dauerhaft Geld zu bezahlen. Das gilt für unsanierte Gebäude oder auch für größere Projekte wie das Bezirksamt Hamburg Nord, das Hamburg über Jahrzehnte teuer anmietet statt selbst zu bauen. Ähnliches galt für die Finanzbehörde am Gänsemarkt. Hier gilt: Lieber kreditfinanziert Werte schaffen als dauerhaft eine stetig steigende Miete zu zahlen. Das weiß jeder Betrieb und jeder Mensch der eine Immobilie erwirbt. Das sollte die öffentliche Hand auch beherzigen.

Patrick Fischer (Volt): Die größten Einsparpotenziale liegen in der Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung. Durch eine effizientere Gestaltung der Verwaltungsprozesse können Kosten gesenkt und Ressourcen gezielter eingesetzt werden. Zudem sehen wir Potenzial in einer stärkeren Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft, insbesondere durch Public-Private-Partnerships, die Investitionen in Infrastrukturprojekte ermöglichen, ohne den städtischen Haushalt übermäßig zu belasten.

Dr. Dirk Nockemann (AfD): Die AfD schlägt eine strenge Aufgabenkritik vor. Die vielen zusätzlichen hochdotierten Verwaltungsstellen zum Aufbau von Windkrafträdern, die überhöhten und sehr einseitig ideologisch begründeten Zuwendungen im Kulturbereich, der Aufbau von Infrastrukturen für eine unwirtschaftliche Wasserstoffwirtschaft müssen gestoppt werden. Kleinststeuern (z.B. Sektsteuer sowie Jagd- und Fischereisteuer) gehören abgeschafft. Die Mehrwertsteuer muss gesenkt werden.

Wie stehen Sie grundsätzlich zu den 360 städtischen Beteiligungen?

Dr. Peter Tschentscher (SPD): Hamburgs öffentliche Unternehmen und Beteiligungen sind für die Bürgerinnen und Bürger von größter Bedeutung bei der Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die Bandbreite erstreckt sich über zahlreiche Geschäfts- und Politikfelder: Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Bildung, Aus- und Weiterbildung, Kultur, Wissenschaft und Forschung, Umwelt, Wirtschaftsförderung und Innovation, Ver- und Entsorgung. Die öffentlichen Unternehmen investieren auf Rekordniveau auch für die Infrastruktur sowie für Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in Hamburg und über Hamburgs Grenzen hinaus – rund 75.000 Personen sowie über 2.100 Auszubildende sind in rund 360 öffentlichen Unternehmen bzw. Unternehmensbeteiligungen beschäftigt, die Investitionen betragen über drei Milliarden Euro. Investitionen, von denen auch die Privatwirtschaft stark profitiert. Die Zahl der Auszubildenden ist sogar in der Zeit der Corona-Pandemie gewachsen. Zudem wurde mit der „Hamburger Stadtwirtschaftsstrategie" eine gemeinsame ‚Hamburg-Strategie' für die öffentlichen Unternehmen geschaffen. Die Zielsetzung war, ein Konzept für eine gemeinsame Strategie in Verbindung mit gesamtstädtischen Zielen – insbesondere orientiert an den Sustainable Development Goals (SDGs) und an den Prinzipien „Guter Arbeit". Davon umfasst sind z. B. eine faire Vergütung, Ressourcenschutz und die Vermeidung von klimaschädlichen Emissionen.

Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen): Unternehmen, die vollständig oder mehrheitlich Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg sind (wie etwa die Hochbahn, Bäderland oder die Stadtreinigung), erfüllen wichtige Aufgaben der Daseinsfürsorge und Dienstleistungen für alle Bürger*innen. So ist ein flexibles Agieren gewährleistet. Sie für die Zukunft fit zu machen, sehen wir daher als eine zentrale Aufgabe. Dazu gehört neben deren fachlicher Arbeit die Ausrichtung auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Wir nutzen die Stadtwirtschaftsstrategie und den Beteiligungsbericht inklusive der neu eingeführten Kennzahlen, um die Stadtwirtschaftsstrategie mit Zielen und Kennzahlen messbar zu machen und die Ziele – angelehnt an die Kennzahlen des Kernhaushaltes – im Parlament zu beschließen. Wir setzen uns darüber hinaus für ein besseres dezentrales Beteiligungsmanagement in den jeweiligen Fachbehörden ein, um die fachliche und betriebswirtschaftliche Arbeit der Unternehmen noch besser zu unterstützen. Dafür sollen – analog zu beispielweise Berlin – in einem nichtöffentlichen Ausschuss die aktuellen Zahlen der Unternehmen vorgelegt werden.

Dennis Thering (CDU):

- umfassende Maßnahmen zur Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung mit dem Ziel des Abbaus von Verwaltungseinheiten
- den Konzernabschluss der FHH um eine Segmentberichterstattung zu erweitern und hierbei Vorgaben zur Begrenzung der Schuldenaufnahme für Tochterorganisationen der Stadt zu prüfen
- sicherstellen, dass die HGV als städtische Beteiligungsholding nicht auf einen dauerhaften Zuschussbedarf aus dem Haushalt angewiesen ist

Katarina Blume (FDP): Wir Freie Demokraten vertreten den Standpunkt, dass öffentliche Unternehmen nur dann Aufgaben übernehmen sollten, wenn private Unternehmen aufgrund von Marktversagen nicht zu besseren Ergebnissen gelangen. Die Ausweitung städtischer Beteiligungen an rund 300 Unternehmen und Immobilien trägt das Gesicht einer Staatswirtschaft und ist nicht vertretbar.

Cansu Özdemir (Die Linke): Die öffentlichen Beteiligungen sind ganz überwiegend eine Erfolgsgeschichte. Die formelle Privatisierung von Aufgaben in Form von GmbHs und AGs hat natürlich auch ihre Nachteile. Die politischen Gestaltungsmöglichkeiten sind indirekter und teilweise - etwa beim Bodenpersonal am Flughafen - werden verschachtelte Beteiligungsstrukturen auch dazu verwendet, das Lohngefüge nach unten zu drücken. Auf der anderen Seite haben wir dann Gehaltsexzesse in den Geschäftsführungen, wo einzelne Vorstände ein Jahreseinkommen von nahezu einer Million Euro haben oder sogar darüber - wie bei der HHLA. Das darf nicht sein und das müssen wir ändern. Weder Gehaltsexzesse noch Einkommen unterhalb des Tarifvertrags soll es weiterhin geben.

Patrick Fischer (Volt): Volt Hamburg befürwortet eine kritische Überprüfung der städtischen Beteiligungen hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit und ihres gesellschaftlichen Mehrwerts. Unternehmen, die einen sozialen, ökologischen oder wirtschaftlichen Nutzen für die Stadt erbringen, sollen gestärkt werden. Gleichzeitig müssen ineffiziente Beteiligungen hinterfragt und gegebenenfalls neu strukturiert oder abgestoßen werden.

Dr. Dirk Nockemann (AfD): Für die AfD ist die Anzahl der städtischen Beteiligungen nicht entscheidend – ob es nun 10 oder 1.000 sind. Da der Staat aus unserer Sicht nicht als Mischkonzern auftreten sollte, gilt für die AfD der Grundsatz, sich nur an Unternehmen zu beteiligen, die entweder eine strategische Relevanz für unsere Stadt haben oder der Daseinsvorsorge dienen. Letzteres jedoch nur dann, wenn es keine ausreichenden bzw. funktionierenden privatwirtschaftlichen Alternativen gibt.
Der Hafen hat zweifellos eine strategische Bedeutung für Hamburg, weshalb wir den fast 50-prozentigen Verkauf der Hafen- und Logistik AG (HHLA) an die Schweizer Reederei MSC im vergangenen Jahr für einen Fehler halten. Den kürzlichen Einstieg der Stadt Hamburg mit 49,9 Prozent an der willy.tel GmbH über die HGV bewerten wir hingegen als strategisch nicht notwendig, da in Hamburg bereits ausreichend Telekommunikationsunternehmen ihre Dienstleistungen anbieten.

Von welchen Unternehmen würden Sie sich im Falle eines Wahlerfolgs trennen?

Dr. Peter Tschentscher (SPD): Mit einer klugen Hapag-Lloyd-Strategie, die von der CDU und anderen Oppositionsparteien abgelehnt wurde, haben wir 2012 einen Mehrheitsverkauf an ausländische Investoren verhindert und das Unternehmen als Motor der maritimen Wirtschaft gestärkt und mittlerweile mehrere Milliarden Euro Dividende erhalten, die wir zur Schuldentilgung eingesetzt haben. Es ist insofern derzeit nicht geplant, dass sich die Stadt Hamburg von städtischen Unternehmen trennt.

Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen): Städtische Gesellschaften der Daseinsfürsorge leisten staatliche Aufgaben. Daher müssen sie zwingend im öffentlichen Eigentum verbleiben. Gleichzeitig soll es keine Unternehmen in öffentlicher Hand geben, die ausschließlich allgemeine privatwirtschaftliche Aufgaben übernehmen. In diesem Sinne veräußern wir Unternehmen, wenn sie weder der Daseinsfürsorge noch anderen öffentlichen Zwecken nachkommen.

Dennis Thering (CDU):

- Die Finanz-Service-Agentur eine neugeschaffene Beteiligung, zu der bislang keine überzeugende Wirtschaftlichkeit dargelegt werden konnte.
- Auf Dauer sollte aber über die Beteiligung an Hapag-Lloyd nachgedacht werden, mögliche Erlösung aber nicht in den Haushalt fließen, sondern für Forschung & Innovation ausgeben.

Katarina Blume (FDP): Nur Unternehmen, die zur sozialen Daseinsvorsorge erforderlich oder zur Sicherstellung gesetzlicher Aufgaben des Landes Hamburg notwendig sind, sollen weiterhin in städtischem Eigentum bleiben. Alle übrigen können verkauft und privatisiert werden. Dies gilt auch für städtische Beteiligungen an Unternehmen wie Hapag-Lloyd.

Cansu Özdemir (Die Linke): Wenn die Beteiligungsstruktur vor allem den Zweck verfolgt, dass zusätzliche Investitionen abseits der Schuldenbremse durchgeführt werden, fällt die Notwendigkeit für diese Auslagerungen weg, sobald die Schuldenbremse bei investiven Krediten entfällt. Dann können einige Bereiche in den Kernhaushalt zurück übertragen werden. Bei anderen Bereichen wie der Vielzahl an Immobiliengesellschaften oder Marketinggesellschaften, könnte man sicher Aufgaben zusammenführen. Auch braucht Hamburg nicht mehrere stadteigene Gebäudereinigungsdienste. Streng genommen brauchen wir diese gar nicht, denn sie sind ein Beispiel welche Aufgaben man im Kernhaushalt wahrnehmen sollte.
Einige Unternehmen im öffentlichen Eigentum verkürzen ihre Existenz darauf, die besseren Renditebringer zu sein. Doch öffentliche Beteiligungen sollten nie das Ziel haben, vorrangig Renditen zu erwirtschaften. Sie müssen dem öffentlichen Wohl dienen. In einigen Bereichen wie bei der SAGA oder auch den Energienetzen sollte ganz bewusst auf ein Renditeziel verzichtet werden um die Mieten in SAGA-Beständen geringer zu gestalten und alle VerbraucherInnen Hamburgs durch niedrigere Netzentgelte bei Strom, Gas und Fernwärme zu entlasten.

Patrick Fischer (Volt): Wir sprechen uns nicht für eine pauschale Privatisierung städtischer Unternehmen aus. Vielmehr setzen wir auf eine strategische Überprüfung aller Beteiligungen, um sicherzustellen, dass sie effizient arbeiten und dem Gemeinwohl dienen. Wo öffentliche Unternehmen ihre Aufgaben nicht wirtschaftlich oder nachhaltig erfüllen, müssen alternative Strukturen geprüft werden.

Dr. Dirk Nockemann (AfD): Es wäre kaufmännisch unvorteilhaft, geplante Verkäufe lange vor der Möglichkeit ihrer Umsetzung anzukündigen. Die AfD lehnt den aktuell angestrebten Rückkauf von „Pflegen & Wohnen" ab. 2007 verkaufte die Stadt das damals von Investitionsstau und Verlusten geprägte Unternehmen für 65 Millionen Euro. Verschiedene private Eigentümer haben es in knapp zwei Jahrzehnten zurück auf Erfolgskurs gebracht, viele Einrichtungen modernisiert, erweitert oder neu gebaut. Dies zeigt, dass Privatisierungen erfolgreich sein können.
Warum sollte die Stadt nun ein gesundes, profitables Unternehmen für mehr als das Fünffache des ursprünglichen Verkaufspreises zurückerwerben? „Pflegen & Wohnen" dient zwar der Daseinsvorsorge, funktioniert aber seit fast zwei Jahrzehnten ohne staatliche Beteiligung. Die dafür vorgesehenen 380 Millionen Euro wären angesichts der Herausforderungen unserer Stadt sicherlich an anderer Stelle besser investiert.

Planen Sie, angesichts der stagnierenden Bauwirtschaft, eine Senkung der Grunderwerbsteuer?

Dr. Peter Tschentscher (SPD): Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, dass der Traum vom Eigenheim für junge Familien in unserer Stadt wieder greifbarer wird. Angesichts der stagnierenden Bauwirtschaft ist es entscheidend, gezielte Impulse zu setzen, um Investitionen anzukurbeln und den Wohnungsbau zu fördern. Deshalb planen wir, sobald der Bund uns mit einer Öffnungsklausel mehr Spielraum bei der Gestaltung der Grunderwerbsteuer einräumt, diese für den Ersterwerb einer selbst genutzten Wohnimmobilie auf 3,5 Prozent zu senken. Dieser ermäßigte Steuersatz soll insbesondere jungen Familien zugutekommen, aber auch gezielt soziale Wohnbauprojekte sowie das Bauen im Erbbaurecht unterstützen. Das bedeutet, dass wir nicht nur Familien unterstützen, sondern auch den sozialen Wohnungsbau in Hamburg attraktiver machen wollen. Dadurch schaffen wir mehr bezahlbaren Wohnraum und stärken den Zusammenhalt in unserer Stadt. Darüber hinaus entwickeln wir gemeinsam mit Experten u.a. aus der Bauwirtschaft auch weitere Maßnahmen, wie wir die Baukosten senken und effizienter bauen können.

Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen): Zunächst muss auf Bundesebene die rechtliche Möglichkeit dafür geschaffen und das Steuerschlupfloch für sogenannte Share Deals bei der Grunderwerbssteuer geschlossen werden.Unter dieser Voraussetzung wollen wir auf Landesebene perspektivisch einen Grunderwerbsteuer-Freibetrag für Familien beimImmobilien-Ersterwerb zur Eigennutzung einführen.

Dennis Thering (CDU): Ja, die Grunderwerbsteuer soll um zwei Prozent auf 3,5% abgesenkt werden.

Katarina Blume (FDP): Die Grunderwerbsteuer ist ein Hindernis zur Bildung von Wohneigentum und behindert damit die Bildung einer Alterssicherung. Wir wollen einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für die erste Immobilie einführen, um den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern und die Kosten zu senken.

Darüber hinaus fordern wir die sofortige Aussetzung der Grunderwerbsteuer für die nächsten drei Jahre, um die Krise am Bau abzumildern und den Wohnungsbau wieder in Fahrt zu bringen.

Cansu Özdemir (Die Linke): Der Erwerb der ersten selbst genutzten Wohnimmobilie, vor allem für Familien, sollte sozial gestaffelt teilweise bis ganz von der Grunderwerbsteuer befreit sein. Solange der Bundesgesetzgeber diese Möglichkeit nicht einräumt, können wir dies über eine Rückerstattung in gleicher Höhe realisieren.

Patrick Fischer (Volt): Eine generelle Senkung der Grunderwerbsteuer ist nicht Teil unseres Programms. Stattdessen setzen wir auf innovative Wohnkonzepte wie modulare und temporäre Bauten, die effizienter realisiert werden können. Zudem fordern wir eine bessere Flächennutzung und schnellere Genehmigungsverfahren, um den Wohnungsbau anzukurbeln, ohne die Stadt unnötig weiter zu versiegeln.

Dr. Dirk Nockemann (AfD): Um den Wohnungsbau von seinen Fesseln zu befreien, muss die Grundsteuer langfristig abgeschafft werden. Neben den Baukosten sind die Wohnnebenkosten deutlich zu senken, um Wohnen für die Bürger wieder bezahlbar zu machen.
Die AfD möchte die Grunderwerbssteuer für Selbstnutzer senken bzw. für den Erstkauf gänzlich streichen.

Welche Kosten zur Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur erwarten Sie in der nächsten Legislaturperiode?

Dr. Peter Tschentscher (SPD): In der laufenden Wahlperiode haben wir für die Sanierung, Instandhaltung und Modernisierung unserer Straßen und Wege das Ziel des letzten Koalitionsvertrages deutlich überschritten: 744 km Fahrstreifenkilometer statt der anvisierten 500 km wurden bereits bis Ende 2023 saniert. Auch bei Geh- und Radwegen haben wir Sanierungsrekorde zu verzeichnen. Mit diesen Investitionen ist es uns gelungen, den Straßenzustand auf ein gutes Niveau zu heben. Dieses gute Niveau wollen wir dauerhaft halten, was in der nächsten Wahlperiode sowohl finanziell als auch organisatorisch weiterhin große Anstrengungen erfordern wird. Darüber hinaus investieren wir Milliarden in die Modernisierung und den Ausbau der digitalen S- und U-Bahnen sowie der Energie- und Datennetze, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes und die Zukunftsperspektiven der Stadt als moderne Metropole zu verbessern.

Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen): Die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur ist eine essenzielle Aufgabe, um den Erhalt und die Funktionstüchtigkeit unserer Infrastruktur zu sichern. Wir wollen, dass der ÖPNV das Rückgrat der Mobilität in Hamburg wird. Das bedeutet, dass wir dafür investieren müssen: in den Ausbau der Bahnen, in mehr und emissionsfreie Busse, in die möglichst vollständige Barrierefreiheit und in die Digitalisierung. Der Ausbau der Schienen, aber auch die Sanierung der Energie-, Straßen- und Brückeninfrastruktur ist enorm wichtig und muss kontinuierlich und mit aller Kraft vorangetrieben werden. Dabei müssen wir über die verschiedenen Instrumente der Umsetzungs-, Planungs- und Finanzierungsbeschleunigung schneller werden. Ziel ist es, die Belastungen durch Baustellen im Straßenraum zu minimieren und gleichzeitig Hamburg stärker zu modernisieren (kooperatives und koordiniertes Bauen). Langfristig werden hierdurch Kosten reduziert, da die Infrastruktur dadurch länger genutzt werden kann und so den vielfältigen Interessen und Anforderungen unserer Stadt gerecht wird. Daher wollen wir in den nächsten vier Jahren ca. 5 Milliarden in Hamburgs Verkehrsinfrastruktur investieren, insbesondere in den Schnellbahnausbau (Kapazitätserweiterung der S-Bahn nach Harburg, Verlängerung der U4 auf die Horner Geest und Neubau zum Grasbrook, Neubau der U5 von Bramfeld bis zur City Nord, Neubau der S4 Ost, Digitalisierung der S-Bahnen), in neue öffentliche Straßeninfrastruktur (z.B. Erschließung für den ÖPNV und Sanierung von Brücken, Tunneln und anderen Ingenieursbauwerken), in Investitionen in den Rad- und Fußverkehr und in die Erschließung neuer Stadtentwicklungsgebiete wie Oberbillwerder oder Grasbrook.

Dennis Thering (CDU): Hamburg hat mit Blick auf große Infrastruktur-Projekte, wie die Köhlbrandbrücke, Kaimauersanierungen, Fahrrinnenanpassung, Hafenbahnprojekte, Schnell- und U-Bahnausbau Kosten zu tragen, die mindestens im oberen dreistelligen Millionenbereich liegen dürften.

Eine Einigung über konkrete Beträge mit dem Bund (Köhlbrandbrücke, Hafenlastenausgleich) konnte auch mit Bundeskanzler Scholz nicht erreicht werden.

Katarina Blume (FDP): Da die Infrastruktur in Hamburg über Jahre hinweg völlig vernachlässigt wurde, ist zu befürchten, dass die Kosten viel höher ausfallen werden, als sich das der Senat heute ausmalt.

Cansu Özdemir (Die Linke): Der Verfall der Verkehrsinfrastruktur ist enorm, Brücken, Kaimauern aber auch der Nahverkehr brauchen riesengroße Investitionen. In den kommenden fünf Jahren reden wir in Hamburg über einen Milliardenbetrag in deutlich zweistelliger Höhe. Bundesweit schätzt das Deutsche Institut für Urbanistik den jährlichen Finanzbedarf alleine für den Verkehrssektor auf 53 Milliarden Euro ein. Der Umstieg auf E-Mobilität bei Bus und Bahn, die damit zusammenhängende Energieinfrastruktur und angrenzende öffentliche Investitionen bedeuten für Hamburg einen besonders hohen Anteil dieser Gesamtbedarfe.

Patrick Fischer (Volt): Volt Hamburg setzt auf eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik, die den öffentlichen Nahverkehr massiv ausbaut und digitalisiert. Die hierfür notwendigen Investitionen werden erheblich sein, müssen aber langfristig betrachtet werden. Durch innovative Finanzierungsmodelle, darunter Zweckgesellschaften und Public-Private-Partnerships, soll sichergestellt werden, dass die Verkehrsinfrastruktur modernisiert wird, ohne den Haushalt unverhältnismäßig zu belasten.

Dr. Dirk Nockemann (AfD): Hamburg darf nicht weiter Stauhauptstadt sein. Die AfD fordert die zügige Fertigstellung der A 26, eine sofortige verlässliche zielgerichtete Planung für den Ersatz der Köhlbrandbrücke sowie weitere Elbquerungen für Straße und Schiene. Wir setzen uns für eine Stadtplanung ein, die Autofahrer einbezieht z.B. durch Wiederherstellung von Parkplätzen im öffentlichen Raum. Keine weiteren teuren Fahrradparkhäuser, die niemand benutzt. Hauptverkehrsstraßen müssen leistungsfähig bleiben.

Hamburg führt seit Jahren das Wohnnebenkosten-Ranking an. Mit welchen Maßnahmen möchten Sie dies ändern?

Dr. Peter Tschentscher (SPD): Wir halten Wort – auch bei der Grundsteuer. Es bleibt bei der zugesagten Aufkommensneutralität, und zwar dreifach: im Bereich Wohnen, im Bereich Wohnen sowie im Bereich Gewerbe. Sollte sich herausstellen, dass die Hebesätze zu hoch sind, werden wir sie absenken, um Aufkommensneutralität wiederherzustellen. Wir haben die Grundsteuer nicht angehoben, sondern jede grundsteuerbedingte Verteuerung der Wohnkosten in Hamburg seit 2011 vermieden. Durch die Reduktion des Energieverbrauchs, den Einsatz von Fördermitteln sowie die Umstellung auf klimaneutrale, langfristig kostenstabile Energieträger wollen wir dazu beitragen, einen Anstieg der Wohnnebenkosten so weit wie möglich zu vermeiden. Im Wohngeld-Plus-Gesetz haben wir zudem auf Bundesebene dafür gesorgt, dass auch die Heizkosten im Wohngeldbezug aufgenommen worden sind.

Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen): Bei dem hier gegenständlichen Ranking hat der Verband „Bund der Steuerzahler" die Belastung durch sechs verschiedene Wohnnebenkosten für einen Drei-Personen-Haushalt in einem Einfamilienhaus ermittelt: Im Einzelnen sind das die Wasserentgelte, die Abfall-, Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühren, die Grundsteuer sowie der Rundfunkbeitrag. Hamburg liegt lediglich nach diesem Ranking auf dem zweitteuersten Platz. Gleichzeitig ist allerdings zu berücksichtigen, dass Hamburg auch in dieser Erhebung bei den Kosten für Trinkwasser, Schmutzwasser und Niederschlag sowie bei Abfall und den Gesamtkosten ohne Grundsteuer unterhalb des Durchschnitts liegt. Einzig bei der Grundsteuer für ein „Einfamilienhaus Baujahr 2016, 120 m² Wohnfläche und 300 m² Grundstücksfläche" liegt Hamburg im Spitzenfeld. Die Grundsteuer befindet sich gerade in der Umstrukturierung. Damit lassen sich hier gerade noch keine Schlüsse für die Zukunft ziehen. Ein Ranking anhand der o. g. sechs Wohnnebenkosten (Zusammensetzung aus Steuern, Abgaben und Kosten) ist nicht zielführend. Das Ranking steht nicht ohne Grund in Konkurrenz zu anderen Rankings und hat auch eine andere Zusammensetzung, wie bspw. das Ranking von Haus+Grund bzw. dem Grundeigentümerverband. Dort befindet sich Hamburg auf Platz 57 (https://www.hausundgrund.de/sites/default/files/downloads/nebenkostenranking-2021.pdf) und liegt bei den Kosten mit 1352 € deutlich näher bei dem günstigsten Wert von 915 € als bei dem schlechtesten in Höhe von 2046 €. Auch bei dem Ranking bei Statista liegt Hamburg mit 3052 € eher bei dem günstigsten Wert 2924 € als bei dem schlechtesten in Höhe von 3551 € (https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1631/umfrage/nebenkosten-die-50-teuersten-staedte-in-deutschland/).

Dennis Thering (CDU): Auf zusätzliche Belastungen verzichten und die Gebührenerhöhung der städtischen Unternehmen (z.B. Stadtreinigung, Wasser, Abwasser) angemessen begrenzen.

Katarina Blume (FDP): Günstigere Mieten und Nebenkosten gibt es nur dann, wenn auch das Bauen einfacher und günstiger wird. Hierfür wollen wir überflüssige Vorschriften abschaffen und das Baurecht gemeinsam mit den Nachbar-Bundesländern harmonisieren („Bau-Hanse").

Cansu Özdemir (Die Linke): Wir wollen die Grundsteuer-Umlagefähigkeit abschaffen und so MieterInnen entlasten. Weitergedacht: Wenn wir eine Vermögensteuer für Multimillionäre hätten, könnten wir die Grundsteuer auch komplett abschaffen.
Ein anderer Punkt: Unsere stadteigenen Hamburger Energienetze sollen sich nicht mehr auf Rendite getrimmt werden, sondern die Höhe der Netzentgelte darauf beschränken, das Netz zu erhalten und auszubauen. Wir wollen die Erlösobergrenzen, die das Gesetz für Netzbetreiber vorsieht, also nicht ausschöpfen. Das macht Heizung und Strom günstiger.

Patrick Fischer (Volt): Die hohen Wohnnebenkosten sind ein massives Problem für viele Hamburger*innen. Wir setzen uns für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft ein, die Müllreduzierung und Ressourcenschonung fördert. Dazu gehören unter anderem die Einführung einer Verpackungssteuer, eine Mehrwegpflicht für Veranstaltungen und die Förderung zirkulärer Zentren zur Wiederverwendung von Materialien. Darüber hinaus wollen wir energieeffiziente Wohnmodelle stärker unterstützen, um die Heiz- und Stromkosten langfristig zu senken.

Dr. Dirk Nockemann (AfD): Ideologiegetriebene Kosten wie EEG-Umlage, CO2-Steuer und das Gebäudeenergiegesetz (GEG) müssen abgeschafft werden. Baurecht muss nationales Recht bleiben. Die kostentreibenden Vorschriften der EU in diesem Bereich lehnen wir ab.

Beschreiben Sie Ihre zukünftige Finanzpolitik in einem Satz.

Dr. Peter Tschentscher (SPD): Unsere Finanzpolitik wird solide und nachhaltig fortgeführt – mit klarem Fokus auf Investitionen in Bildung, Klimaschutz und bezahlbares Wohnen, so dass Hamburg auch für die kommenden Generationen lebenswert bleibt.

Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen): Wir setzen auf eine solide und langfristig ausgerichtete Haushaltspolitik, die gleichzeitig in unsere Infrastruktur investiert, die politische Handlungsfreiheit und den Wohlstand der künftigen Generationen sichert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Dennis Thering (CDU): Mit einer klugen und nachhaltigen Haushaltspolitik die Zukunftsfähigkeit der Stadt sicherstellen.

Katarina Blume (FDP): Wir stehen für eine nachhaltige Politik, die rechnen kann.

Cansu Özdemir (Die Linke): Niedrige Einkommen sollen entlastet werden, aber sehr reiche und Vermögende zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben mehr herangezogen werden, so dass die meisten Menschen etwas mehr Geld in der Tasche haben, aber kein Mensch mehr Milliardär werden kann.

Patrick Fischer (Volt): Volt Hamburg setzt auf eine zukunftsgerichtete Finanzpolitik, die gezielte Investitionen in Innovation, Infrastruktur und Klimaschutz mit langfristiger wirtschaftlicher Stabilität kombiniert.

Dr. Dirk Nockemann (AfD): Die Schuldenuhr tickt: Hamburg braucht eine vernunftorientierte Kernsanierung des Haushalts.